

Erscheint  
an allen Verlagen.  
Bezugspreis  
vom 1. August 1921 an  
monatlich M.  
in der Geschäftsstelle 75.—  
in den Ausgabestellen 77.50  
durch Zeitungsboten 80.—  
durch die Post . . . . 80.—

Fernsprecher: 4246, 2273.  
8110, 3249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigenpreis:  
s. d. Grundsatzzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens . . . . 15.— M.  
im Auslandsteil 40.— M.  
Für Aufträge aus  
Deutschland . . . . 3.50 M.  
im Auslandsteil 10.— M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

# Poznańer Tageblatt

## Aus Oberschlesien.

### Eine neutrale Zeitung über die Lage.

Die "Bürger Zeitung" schildert in einem Briefe aus Oppeln eingehend die Verhältnisse in Oberschlesien.

Der Korrespondent des Blattes bemerkt eingangs, daß seine Darstellungen sich auf eigene Wahrnehmungen und Informationen durch englische und italienische Offiziere und Beamte stützen. Er spricht unumwunden von der Vorherrschaft der Franzosen in der interalliierten Kommission. Frankreich ist die einzige Ententemacht, so fährt der Korrespondent fort, welche an dem oberschlesischen Problem geradezu brennend interessiert ist. Die Franzosen haben die Polizeigewalt praktisch vollkommen in der Hand. Außerdem fielen den Franzosen viele Posten von einigermaßen großer Bedeutung zu. Die Engländer und Italiener verhalten sich daher den Franzosen gegenüber zurückhaltend. Sie verbleiben oft nur deshalb in ihren Ämtern, weil sie doch zuweilen der Neutralität und Gerechtigkeit dienen können. Ihre Beziehungen zu den Franzosen sind seit dem dritten polnischen Aufstand besonders gestaut. Ferner liegt die Sicherung der Absperrung der polnischen Grenze in den Händen der Franzosen.

Ein neuer polnischer Aufstand wird erst dann möglich sein, wenn es General Henriley gelingt, die Sicherung der Ostgrenze des Abstimmungsgebietes durch englische Truppen vornehmen zu lassen, die dann die von Frankreich unterstützte militärische Verbindung zwischen Kongresspolen und den oberschlesischen Insurgenten unterbinden würden. Die Franzosen widersetzen sich diesem Truppenaustausch an der polnischen Grenze mit allen Kräften. Die Verstärkung der englischen Besetzung in Beuthen nach dem bekannten Zwischenfall geschah gegen den Willen der Franzosen.

Letzten Endes scheint das französische Verlangen nach Entsendung neuer französischer Truppen dadurch hervorgerufen zu sein, daß den Franzosen die dort ziemlich zahlreich anwesenden Engländer unbehaglich sind.

Von Ausschreitungen der Insurgenten hört man jetzt nur noch aus dem Gebiete, das von Franzosen besetzt ist. Bei der Frage der Dislokation der Truppen hat der französische General Gratier die Entscheidung zu treffen, dessen chauvinistische Rede bei der Beerdigung des Majors Montalégre unter den anwesenden Ententeoffizieren großes Begegnen hervorgerufen hat. Unter normalen Verhältnissen hätte diese Rede zweifellos den Rücktritt des Generals zur Folge gehabt. Trotz der Bestimmung, daß keine Insurgenten den neuen Gemeindewachen eingereicht werden dürfen, kann man es allsort beobachten, daß viele Insurgenten als Gemeindewachen aufgenommen wurden. Die Sicherheitsverhältnisse sind daher ganz erbärmlich. Über die inneren Vorgänge der interalliierten Kommission werden die Polen häufig von den Franzosen drastisch unterrichtet.

Der Korrespondent spricht schließlich mit Entzürfung von der Verzerrung und Verunklarung des Selbstbestimmungsrechtes Oberschlesiens und von den Mitteln der Gewalt und des doppelten Spiels, die dabei noch heute in Oberschlesien angewandt werden.

### Ein englisch-italienischer Vorschlag.

Paris, 26. Juli. (PAT) "Petit Parisien" berichtet, daß gestern aus Oppeln der englisch-italienische Vorschlag einging, der dahingehend, daß noch vor der Entscheidung des Obersten Rates den Deutschen und Polen jene Gebiete abgetreten werden sollen um die kein Streit entsteht. Auf diese Weise würden die Polen Breslau und Rybnik, die Deutschen dagegen die westlichen und nördlichen Abstimmungsgebiete Rosenberg, Oppeln, Kreuzburg und Beuthen erhalten. Dann wäre eine Konzentrierung der Polizeiabteilungen der Koalition möglich. Die englische Regierung forderte ihren Kommissar Sir Stuart auf, nach London zu kommen, um mit ihm die gegenwärtige Lage in Oberschlesien zu besprechen.

### Die deutsche Ansicht.

Berlin, 26. Juli. (PAT) Nach hierigen Zeitungen sind Berliner Regierungskreise der Ansicht, daß es zwischen Frankreich und England zu einer Verständigung über den Termin der Zusammenführung des Obersten Rates und über die Abhandlung von Verhandlungen nach Oberschlesien kommen wird. Der Oberste Rat wird wahrscheinlich Mitte August zusammenentreten; die militärischen Verstärkungen dagegen werden noch in dieser Woche abgehen. Gestern hatte der englische Gesandte in Berlin eine längere Konferenz mit dem deutschen Minister des Auswärtigen, in dieser Konferenz wurde auch von der Abhandlung englischer Truppen nach Oberschlesien gesprochen. Heute bringen deutsche Zeitungen die Nachricht, daß die englische Regierung sich bereit erklärt hat, sofort Truppen nach Oberschlesien zu entsenden. Die deutsche nationalistische Presse erklärt, daß ein Rechnen mit der Möglichkeit eines Zweckwalters unter den Alliierten, hauptsächlich zwischen Frankreich und England, den Deutschen nur Enttäuschungen bringen dürfte.

### Eine Einigung.

Paris, 26. Juli. (PAT) Der diplomatische Redakteur der "Davao-Agentur" berichtet, daß Lord Curzon im weiteren Verlauf der Konferenz, die er gestern nachmittag mit dem französischen Botschafter St. Aulaire hatte, sich im Namen seiner Regierung für die Zusammenberufung des Obersten Rates auf den 4. August geeinigt habe, vorher soll aber die oberschlesische Frage durch eine Sachverständigenkommission geprüft werden unter der Bedingung, daß die Regierungshälfte an dem festgesetzten Tage ohne Rücksicht auf die Ergebnisse der Arbeit der Sachverständigen sich versammeln. Lord Curzon hält jedoch seine Befürchtungen über die Abhandlung von Verstärkungen nach Oberschlesien aufrecht und sprach die Ansicht aus, daß diese Verordnung das Gleichgewicht in Oberschlesien bedrohe, einen antideutschen Charakter besitze und zu der Annahme berechte, daß die Entscheidung ungünstig für das Deutsche Reich ausgefallen werde. Weiter bemerkte Curzon, daß, wenn die Deutschen Widerstand in der Durchführung der Entscheidung der Alliierten in der oberschlesischen Frage leisten würden, die französischen Truppen am Rhein die Deutschen zur Besinnung bringen könnten. Weil die französische Regierung eine beschleunigte Abhandlung von Verstärkungen für notwendig ansieht, so ist dies der einzige Punkt, in dem Gegensätze zwischen Frankreich und England bestehen.

Warschau, 27. Juli. (PAT) Am Dienstag kam aus dem Westen die Nachricht, daß das englische Ministerium des Auswärtigen eine Depesche von Brian erhalten habe, in der er auf die Abhandlung einer Sachverständigenkommission verzichtet und seine Bereitwilligkeit erklärt, den Obersten Rat schon in der nächsten Woche zusammenzurufen unter der Bedingung, daß England sich mit der Abhandlung von Verstärkungen nach Oberschlesien einverstanden erklären wird. Lloyd George ist mit dieser Konzession

einverstanden sein. Wenn es zu einer Verständigung kommt, würde sich der Oberste Rat in zehn Tagen versammeln.

### Die Frage des Truppentransports.

Wie wir gestern mitgeteilt haben, hat die deutsche Regierung auf die Anfrage des französischen Botschafters, ob Deutschland bereit sei, Vorräume für den Transport neuer französischer Truppen zu treffen, erklärt, daß sie gemäß dem Vertrag von Versailles dem Erzsuchen nach Truppenbeförderung nur dann nachkommen könne, wenn es im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, die die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gestellt ist. Französische Blätter verdrehen die Worte und konstruieren daraus ein neues Verbrechen Deutschlands. So schreibt der "Tempo", "die deutsche Regierung weigere sich, die französische Division zu transportieren, das Deutsche Reich sei also von heute an verantwortlich für alles, was französischen Soldaten in Oberschlesien zustoßt."

Dazu ist zu bemerken, daß der Standpunkt der deutschen Regierung ganz korrekt ist. Nach dem Vertrag von Versailles ist Frankreich nicht berechtigt, auf eigene Faust im Namen der Entente zu handeln, wenn es dazu nicht beauftragt ist. Und das ist es diesmal sicherlich nicht; es sieht sich einfach über den Friedensvertrag hinweg. Oberschlesien ist nicht der französischen Sphäre unterstellt, sondern dem Schutz der alliierten Hauptmächte anvertraut. Die französische Presse macht hier den Versuch, Deutschland im voraus für die kommenden Ereignisse in Oberschlesien verantwortlich zu machen, die man mit Absicht provoziert will. Man muß sich doch fragen: Wenn das Vorzeichen Frankreichs gerechtfertigt ist, warum tun die anderen Alliierten nicht mit?

### Nene Ausschreitungen der Insurgenten.

Nach einer Meldung des "Tag" nehmen die Ausschreitungen der Insurgenten in Oberschlesien immer weitere Ausdehnung an. In Gleiwitz wurde gestern der Stadtteil Petersdorf von Insurgenten lebhaft beschossen. Im Labandier Walde treiben sich bewaffnete Insurgenten in Scharen herum. In Lipine wird eine Bireaugehrlinie des deutschen Plebisitizkommittia vermisst. Man vermutet, daß sie von den Insurgenten beseitigt worden ist. In Larnowic verhafteten Engländer bewaffnete Insurgenten, die eine 75-jährige Frau überfallen und brutalisiert hatten. Auch in Miechowic haben sich starke Insurgentenbanden gezeigt. Unter dem Druck des dauernden Terrors in Breslau hat dort eine allgemeine Flucht der Deutschen eingesetzt. Infolge der Abwanderung der Deutschen sind viele Häuser an die Polen verkauft worden.

### Korfanty.

Paris, 25. Juli. (Tel-U.) Der "Intransigeant" meldet, daß Korfanty, der in Paris weilt, leidend ist und daß sein Leben ihn wahrscheinlich verhindern wird, die polnischen Interessen zu vertreten, wie es in seiner Ansicht lag.

Der Eindruck, daß die Führung Korfantys im maßgebenden Kreis einen ungünstigen Eindruck gemacht hat, wird bestärkt durch die Haltung des "Tempo". Dieser erwähnte die Ankunft Korfantys in Paris kurz an einiger Stelle und bemerkte dazu, der polnische Diktator habe einer Agentur Erklärungen gemacht, nach denen sich nichts Neues von Bedeutung ergeben hätte.

### Sitzung des Obersten Rates am 4. August.

Paris, 27. Juli. Die französische Regierung erklärte sich mit der Einberufung des Obersten Rates zum Besprechung der oberschlesischen Frage für den 4. August einverstanden. Das französische Außenministerium gab dem französischen Botschafter in London den Auftrag, daß er die englische Regierung von dieser Entscheidung verständigen soll, jedoch mit der Bemerkung, daß die französische Regierung auf ihrem Standpunkt der unabdinglichen Notwendigkeit einer Absehung von Verstärkungen nach Oberschlesien und der schnellsten Zusammenberufung der Sachverständigenkommission besteht.

### Der Schriftwechsel zwischen Stresemann und England.

#### Wichtige Zugeständnisse Englands in der oberschlesischen Frage.

In der Pariser Ausgabe des "New York Herald" werden interessante Mitteilungen veröffentlicht über Verhandlungen, die während der durch das Ultimatum hervorgerufenen Regierungskrise zwischen dem Führer der deutschen Volkspartei Stresemann und der englischen Regierung stattfanden. Stresemann war, wie bekannt, bereit, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen und die Annahme des Ultimatums zu erklären, unter der Bedingung, daß vorher gewisse Gegenleistungen von den Alliierten zu erhalten wären. Über diese Gegenleistungen ließ er durch den englischen Botschafter in Berlin bei Lloyd George anfragen. Lloyd George ließ durch ein Memorandum antworten.

Aus dieser Antwort teilt der "New York Herald" unter anderem folgende Stelle mit: "Auf die Frage, ob die Annahme des Ultimatums die Aufhebung der Sanktionen zur Folge haben würde, lautete die Antwort der englischen Regierung: 'Die am 8. März eingeführten Sanktionen, besonders jene, die die Besetzung Düsseldorf, Duisburgs und Münchens und die Errichtung einer rheinischen Zollgrenze einhalten, sollten, nach der Meinung der Regierung Sr. Majestät, im Falle einer Annahme des Ultimatums, aufgehoben werden. Die diesbezügliche Meinung der Regierung Sr. Majestät wird der französischen Regierung mitgeteilt.'

Stresemann stellte weiter die Frage: "Kann die Regierung Sr. Majestät eine Versicherung geben, daß sie keine Lösung der oberschlesischen Frage zulassen werde, die anders ist als jene, die sich auf dem bereits von den britischen Vertretern der Plebisitizkommision ausgearbeiteten Bericht begründet?" Die Antwort lautete: "Die deutsche Regierung kann sich auf den Wunsch der Regierung Sr. Majestät verlassen, die hier bestehen, die wichtigen deutschen Interessen, die hier bestehen, zu berücksichtigen. Obgleich es nicht ohne vorherige Versprechungen mit den Alliierten Großbritanniens möglich ist, die Versicherung in dem verlangten Sinn zu geben, so mag die deutsche Regierung die Versicherung haben, daß die Regierung Sr. Majestät zugunsten einer gerechten Lösung, auf Grund einer sternenhaften und parteilos Ausführung des Vertrages einen Druck ausüben wird." Die Antwort der englischen Regierung traf um einen Tag zu spät ein. Am Tage vorher hatte sich die Deutsche Volkspartei für die Absehung des Ultimatums entschieden, die Stresemann das Annehmen des Reichskanzlerpostens unmöglich mache.

### Ein Holländer über Polens Außenpolitik.

Dem "Berliner Tageblatt" entnehmen wir folgenden interessanten Bericht:

Ein Reisekorrespondent des "Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet in seinem Blatt in bemerkenswerter Weise über die jetzt in Warschau auf allgemeinem politischen Gebiet herrschende Stimmung. Der Artikel ist überschrieben "Was Warschau wünscht". Wie der Korrespondent mitteilt, geht der Inhalt seiner folgenden Mitteilung auf eingehende Gespräche mit führenden Persönlichkeiten zurück. Er sprach mit dem Ministerpräsidenten Witold, dem Minister des Auswärtigen Skirmunt, dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Donaski, der zugleich die stärkste Partei im Parlament führt, einem einflussreichen Mann in der Außenhandelsabteilung des Ministeriums des Außen und mit zahlreichen Journalisten und Politikern. Der Korrespondent spricht von einer tiefgründigen Veränderung der Stimmung der Polen, die sich schon in dem Rücktritt des Fürsten Sapieha und seiner Gattung durch Skirmunt gezeigt habe. Der Korrespondent fährt fort: "Europa hat unter den Streitigkeiten der Polen mit seinen Nachbarn geleidet. Jetzt müssen die polnischen Staatsmänner unter den Konflikten und Neubildungen, die es nicht zulassen, daß das Land endlich seine Grenzen bekommt, in denen es sich einrichten kann. Polen, das unruhige, aber auch schwer betroffene Polen leidet darunter, daß man ihm endlich seine endgültigen Grenzen gibt, in denen es sich entwickeln kann. Die leitenden Männer in Warschau sagen rund heraus, jede Grenze sei besser, als keine Grenze. Wie Oberschlesien verteilt wird, ist den Polen weniger wichtig geworden, als daß endlich überhaupt die Verteilung stattfindet. In der Praxis hat Polen seine Ansprüche auf tschechoslowakisches Gebiet bereits fallen lassen. Es ist damit beschäftigt, in freundschaftliche Beziehungen und zu einem Handelsvertrag mit seinem Feind, der Tschechoslowakei, zu kommen und es begeht nach einer Vereinbarung mit seinem Feinde Deutschland. Wer in diesem Sinne eine vermittelnde Rolle auf sich nehmen will, erweist den in Warschau herrschenden Männern einen größeren Dienst, als diejenigen, die den Konflikt verlängern und den Gegensatz unversöhnlich machen, indem sie versuchen, Polen das ganze oberschlesische Industriegebiet anzusprechen. Das ist der Schluß, den ich aus vielen langen und ernsten Gesprächen, die ich in Warschau geführt habe, ziehen muß. Für sensationelle Interviews war das Thema nicht geeignet."

Der Korrespondent fügt hinzu, er habe in den vielfachen Gesprächen, die er geführt habe, keine wesentlichen Abweichungen von der oben geführten Auffassung gefunden. Dann erzählt er, ernsthafte Politiker seien der Ansicht, daß Polen gleichzeitig zu viel und zu wenig durch den Vertrag von Versailles erhalten habe. Über das Plebisitiz sei man unglücklich. Weiter sagt er, daß die öffentliche Meinung in ungewöhnlicher Weise ausgereizt sei. Polen habe vorwiegend nur feindliche Gesichter um sich und wo es noch hoffen könne Freundschaft zu finden, setzt diese Freundschaft verbunden mit großer Neidbarkeit. Polen habe mehr Grenzfragen mit Litauen, Deutschland, der Tschechoslowakei und Mähren, als die ganzen osteuropäischen Länder miteinander. Deutschland boykottiere Polen wirtschaftlich und einen solchen Bohrholz vertrage kein Land auf dem Kontinent ohne Nachteil, vor allem aber nicht Polen. Die Geschichte der letzten fünf Jahre habe gezeigt, was das für einen Staat bedeutet. Die jetzt verantwortlichen Männer in Warschau seien weder Tore noch Phantasten. Die stärkste Partei, nämlich die kleinen Bauern, seien realistisch genug. Wilsudski sei ein Mann für sich. Außerordentlich scharf spricht der Korrespondent über den zurückgetretenen Minister Sapieha, den er als unsfähigen, unsoliden, politischen Abenteurer bezeichnet. Es sei unbegreiflich, daß er Minister des Auswärtigen werden konnte.

Aber Korfanty sagt der Korrespondent, daß er sich unfeindlich verdiene erworben habe. Sein Vorstoß habe den Becher zum Überlaufen gebracht. Er habe seine wilde Politik auf den Gipspunkt getrieben, so sehr, daß man in Warschau in Entsetzen geraten sei. Allerdings seien Tausende von Polen den Aufrütteln jenseits der Grenze zu Hilfe gekommen. Jetzt lämen sie in großen Mengen, abgerissen und noch bewaffnet, zurück und bildeten ein übel und gefährliches Ansteckungsstoff in der Bevölkerung. Sie bildeten eines der zahlreichen Probleme, in denen sich Warschau nicht unbedingt findet. Auch die Kadetten in den Militärschulen seien der Ansicht, daß Polen gleichzeitig zu viel und zu wenig habe. Es sei, daß die Regierung das gerne gelehnt habe. Der Aufstand Korfantys und die Art und Weise, in der die Welt und Deutschland reagiert hätten, seien eine ausgezeichnete Lehre gewesen. Viele Polen haben eingesehen, welche Folgen die Feindschaft des englischen Nachbarn auf die Dauer haben könne. In diesem Augenblick suche man nach einem Ausweg, um aus der Klemme zu kommen. Vielversprechend sei die Annäherung an die Tschechoslowakei als Vorbild, obschon sie an sich selbst kaum ausreicht. Eine Besserung sei aber möglich, solange Oberschlesien eine offene Wunde bleibt. Wenn erst eine Grenze feststeht, dann sei auch ein Ausgleich möglich. Die Form dieses Ausgleiches sei für Polen vielleicht wichtiger als das Ausmaß, das Korfanty bei der Verteilung zu bekommen. Von diesem Ausgleich hängt die Lebensfähigkeit dessen ab, was Polen bekommt und was Deutschland erhält und weiterhin vielleicht die Sicherheit der Lage des ganzen polnischen Staates. Daraus kann man bereits sehen, wohin die Wünsche gehen. Der Korrespondent will in einem folgenden Artikel darüber berichten.

### Der Krieg im Orient.

Paris, 27. Juli. (PAT) Hababberichte aus Ismid besagen, daß die Türken weiter Bilecik, Yenice-Sazir und Inhisar siegreich angegriffen. Die türkischen Truppen sollen schon Afium, Karahisar und Bulungan besetzt haben. Nach weiteren Berichten aus Konstantinopel bestätigt der türkische Korrespondent der "Pati" die Einnahme Ushaks durch die Türken.

#### Die neue Offensive der Türken.

Konstantinopel 26. Juli. (PAT) Türkische Truppen, die in der Richtung nach Bilecik vorgehen, sollen Ushak besetzt und eine griechische Division gefangen genommen haben.

Konstantinopel 26. Juli. (PAT) Das türkische Kabinett hielt gestern eine außerordentliche Sitzung ab, in der die Lage im asiatischen Kriegsgebiet besprochen wurde. Es wurde einstimmig beschlossen, die Koalitionsregierung zu bitten. Es zwischen den Griechen und Kemal Pascha zu vermitteln.

London, 26. Juli. (PAT) Der griechische Kampfsbericht teilt mit, daß in den letzten Kämpfen Yissed Pascha verwundet wurde.

## Die Reparationen.

Deutschland zur Forderung nach Aufhebung der Sanktionen berechtigt.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus Paris: Der "Tempo" räumt Deutschland das Recht ein, die Aufhebung der Sanktionen zu verlangen, da ein dahingehendes Versprechen Englands vorliege. Anfang Mai habe die englische Regierung, ohne das Einverständnis der Alliierten einzuhören, Deutschland versprochen, daß die Zwangsmassnahmen aufgehoben werden würden, falls Deutschland das Ultimatum der Alliierten annähme. Dieses Ver sprechen sei in Frankreich erst nach der Annahme des Ultimatums bekannt worden.

Der "Tempo" erinnert weiter daran, daß England eigentlich sich gegen die Sachlieferungen Deutschlands steuern, um dem eigenen Handel keinen Abbruch zu tun, daß hingegen Frankreich alles Interesse an den Sachlieferungen habe. Wollte man den englischen Wünschen Rechnung tragen, dürften die ganzen Verhandlungen zwischen Rathenau und Vorwärts einerseits und die Beratungen mit Bergmann und Guggenheim andererseits gegenstandslos geworden sein. In diesem Falle bliebe Frankreich kein anderes Mittel, Deutschland zum Zahlen anzuhalten, als die Aufrechterhaltung oder gar Verschärfung der Sanktionen.

### Die Sachlieferungen.

Berlin, 26. Juli. (Teil-II.) Bis zum 1. Juli 1921 sind gemäß dem Friedensvertrag bezüglich Sachlieferungen erfolgt: a) an die Entente gerichtete deutsche Angebote an Sachlieferungen im Werte von 10 459 637 576,97 M., b) Bestellungen seitens der Entente im Werte von 718 154 294,05 M. Von deutscher Seite wurden auf Grund dieser Bestellungen Sachlieferungen tatsächlich ausgeführt im Werte von 105 513 636,75 M. Auf die einzelnen Staaten der Entente verteilen sich die Summen der Bestellung und Ausführung (siehe in Klammern wie folgt): Frankreich 484 950 471 (27 910 087) M., Belgien: 164 452 430 (76 641 841) M., Italien: 81 167 083 (206 746) M., Serbien: 87 584 350 (664 961) M. Die Summe der Bestellungen der Entente steht zu der des deutschen Angebots also in einem schreienen Misverhältnis.

### Bedeutung der Sachverständigenkonferenz.

Paris, 26. Juli. (PAT) Die französische Regierung teilte gestern den hiesigen Zeitungen mit, daß zur Auflösung über die wirkliche Bedeutung der deutschen und französischen Sachverständigenkonferenz eine Mitteilung an alle Verbündeten abgegangen ist. In dieser Mitteilung betont die französische Regierung, daß sie von den Alliierten die Vollmacht erhalten habe, sich unmittelbar mit den Deutschen über die Naturalienleistungen zu verständigen, und daß diese Verständigung den Alliierten auf keinen Fall zum Schaden gereichen wird.

### Der Wiederaufbau.

Brüssel, 20. Juli. Nach dem Landwirtschaftsminister ist die vollkommene Wiederherstellung des Ackerbaulandes gegen Ende 1922 zu erwarten. Der Wohnungsbau in Flandern wird innerhalb zwei Jahren vollendet sein. Aus einem Studienbericht geht hervor, daß in dem zerstörten Gebiet um Verdun noch nicht einmal die Trümmer aufgeräumt sind. Die Wiederherstellung Frankreichs wird volle zehn Jahre dauern.

## Die Rüstungen Litauens.

Wilna, 26. Juli. (PAT) Aus Kowno wird berichtet, daß die Litauer Artillerieeinheiten in Holland machen. Vor einigen Tagen fuhr der Offizier für besondere Aufträge General Stomma nach Holland, um 8 Geschütze zu kaufen. Die Transaktion kam einigemal nicht zu stande, da Bezahlung in Gold verlangt wurde. In Kowno ist ein Transport Uniformen und Munition aus Deutschland eingetroffen.

Im Kownoer Litauen hat die Mobilisation der Pferde große Beunruhigung hervorgerufen.

In der neutralen Zone an der Front organisieren die Litauer energisch Partisanenabteilungen und rüsten sie mit Gewehren und Handgranaten aus. Die Grenzbevölkerung steht dieser Angelegenheit unwillig gegenüber. Reguläre litauische und Partisanenabteilungen überfallen fortwährend die Dörfer in der neutralen Zone und nehmen den Bauern die Ernte fort.

Riga, 26. Juli. Auf Grund der zwischen Lettland und dem Kownoer Litauen geschlossenen Militärkonvention verpflichtet sich die Regierung von Kowno, ihre Armee bis auf 800 000 Mann zu verstärken. Fünf Divisionen sollen noch in diesem Jahre formiert werden.

Riga, 26. Juli. Das Kriegsministerium der Kownoer Regierung hat größere Kredite zum Ankauf von Waffen und Munition erhalten. Es sind Agenten nach Berlin und Riga entsandt worden.

Wilna, 26. Juli. (PAT) Aus Minsk wird gemeldet, daß die Polizeiwache in Weißrussland eine Registrierung der Offiziere und Militärbeamten bis zum 55. Jahre durchführen.

## Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Gruber.

(40. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Wieder schaute sie verwundert Horst an, welcher rot und aufgereggt sich ihr entgegenneigte.

"Nein, den Tag weiß ich nicht," sagte sie langsam.

Da kam er wieder zu sich, richtete sich steif empor, rückte an seiner Krawatte und stand auf.

"Ich glaube, es ist auch für mich Zeit zu gehen," sagte er, und Kathi sah dabei ganz deutlich, daß sein Blick unsicher war.

Sie hatte gerade noch Zeit, sich bei ihm zu empfehlen, was er sehr zerstreut und schon im Gehen erwiderte.

Berstreu ja, hochmütig gewiß nicht. Er war ja bis jetzt so freundlich gegen sie gewesen.

Sie schaute dem Forteilenden Kopf schüttelnd nach.

Horst kam trotz des Aufenthaltes noch zu dem zweit nach Wien abgehenden Zug zurück. Dieser Zug hatte eine Verspätung von 23 Minuten gehabt. —

Als Horst in Wien, im Südbahnhof, auf Anton wartete, welcher mit Bergers Reisekorb und der Tasche in der dritten Klasse gefahren und später als Horst ausgestiegen war, ging der Mann an ihm vorüber, welchen Kathi "Kronberg" genannt hatte.

Kronberg redete lebhaft mit einem anderen Manne.

Als er an Horst vorüberging, reichte er jenem Manne eine bunt illustrierte Postkarte und sagte: "Also tun Sie mir den Gefallen! Werfen Sie sie in einen Kasten. Es handelt sich um einen Scherz," und setzte dann diesen Worten hinzu: "Morgen um diese Zeit könnte ich mich Ihnen schon vorstellen," worauf der andere entgegnete:

"Ich meine, Sie würden da ein bedeutendes Geschäft machen. Er läßt jetzt sein ganzes Hotel so recht haupt-

## Die Washingtoner Konferenz.

Paris, 26. Juli. (PAT) "Chicago Tribune" berichtet aus Washington, daß trotz der Vorbehalte Japans dort die Überzeugung herrscht, daß die Angelegenheit der Insel Yap und Schantungs in der Konferenz des fernen Ostens besprochen, und daß wahrscheinlich eine Verständigung in dieser Angelegenheit erfolgen wird.

### Rußland zur Entwaffnungskonferenz.

Prag, 26. Juli. (PAT) Das tschechische Pressebüro meldet aus Moskau: Tschechien sandte an alle verbündeten Staaten und an die Regierungen Chinas und Japans eine Note, in der er erklärt, daß, weil man die Sowjetregierung nicht zur Entwaffnungskonferenz eingeladen habe, die russische Regierung die Beschlüsse dieser Konferenz nicht anerkennen wird.

### In Washington soll in englischer Sprache verhandelt werden.

Paris, 26. Juli. Auf der Abschlußkonferenz in Washington wird wahrscheinlich die englische Sprache die öffentliche Verhandlungssprache sein. Die amerikanische Regierung, besonders Hughes, legt größten Wert darauf und widerlegt sich der Möglichkeit, daß die Verhandlungen in zwei Sprachen geführt werden. — Dem Umstand kommt besondere Bedeutung zu, weil als Konferenzvertreter der verschiedenen Mächte dann nur Leute in Betracht kommen, die die englische Sprache beherrschen. Briand würde also von vornherein ausgeschaltet sein; denn selbst bei Verwendung eines Dolmetschers würde er gegenüber einem Lloyd George stark ins Hintertreffen gesetzt werden.

## Die Kredithilfe der Entente für Österreich gescheitert.

Paris, 22. Juli. Die "Chicago Tribune" erfährt: Die Kredithilfe für Österreich durch den Völkerbund darf als gescheitert betrachtet werden, weil die Vereinigten Staaten und Italien ihre Ansprüche gegen Österreich aufrecht halten. Bekanntlich sollten diese beiden Staaten während 20 Jahren auf Rückzahlung ihrer Schulden verzichten, wie es das Finanzkomitee des Völkerbundes verlangt hatte. In ihrer Antwort erklärt die amerikanische Regierung, es liege nicht in der Macht des Kongresses, in der Thatte dieser Schuld irgend eine Modifikation zu treffen.

## Die Entwicklung der Ereignisse im Osten.

### Der Zweck der Konferenz von Helsingfors.

Helsingfors, 26. Juli. Von einem Vertreter der "Svenska Tidningar" über den Zweck der hiesigen Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten berichtet, wollte der Ministerpräsident sich darüber nicht näher äußern und erklärte, daß die Konferenz ein Zusammentreffen in wirtschaftlichen und Verkehrsfragen bezwecke. Außerdem erfordere die Nähe Russlands und der ihm zugeschriebenen aggressiven Pläne besondere Aufmerksamkeit. Dem Leiter der Außenpolitik der baltischen Staaten sei jedoch noch ungewiß, ob die Frage des baltischen Verteidigungsbündnisses die Konferenz beschäftigen werde.

### Ungünstige Aussichten für die russisch-italienischen Handelsbeziehungen.

Helsingfors, 26. Juli. Die Sowjetregierung hat die russische Abordnung in Italien angewiesen, dort nur Nahrungsmittel und billige Baumwolle zu kaufen. Die aus Russland zurückgekehrten Vertreter bedeutender italienischer Firmen sprechen sich sehr pessimistisch über die Aussichten der Handelsbeziehungen mit Russland aus. Sie besuchten Noworossija, Odessa und Batum. Die Russen weigerten sich überall, Gold in Zahlung zu geben. Mit den Rohprodukten sieht es recht traurig aus. Die Baumwolle aus Turkestan erwies sich als feuchtig und feucht und ist daher unbrauchbar; auch der kaukasische Tabak ist stark beschädigt.

### Internationale Ausstellung in Riga.

Warschau, 26. Juli. (PAT) Das Handelsministerium teilt mit: Am 21. August d. Js. wird die internationale Ausstellung in Riga, die mit einer Mustermesse verbunden ist, eröffnet werden. Sie wird bis 28. August dauern. Die Verwaltung der Ausstellung wünscht außer den lettischen Firmen hauptsächlich die ausländischen Firmen zu interessieren. Erwünscht wäre gleichfalls, daß auch polnische Handelsfirmen zahlreich vertreten sind. Diese Firmen sollten sich gleich mit der Ausstellungsverwaltung in Verbindung setzen, damit ihnen entsprechende Plätze zugewiesen werden können. Der Termin der Erklärungsabgabe, der zuerst auf den 10. d. Ms. festgestellt war, ist verlängert worden. Absendungen können durch die Wilnaer Handelsgesellschaft des polnisch-lettischen Exports und Imports, Dünaburg, ul. Ryba Nr. 40, erfolgen.

städtisch restaurieren. Hotel Jägerhorn, Kleine Brückenstraße, vergessen Sie das nicht."

Schon waren die zwei zu weit, als daß Horst noch ihre Reden hätte verstehen können.

Er achtete überhaupt nicht mehr auf die beiden Männer.

In der Ankunfts halle begegnete er einem ihm befreundeten Ehepaar. Er konnte nicht anders, als eine Weile mit den zweien reden, muhte Luskinste über Berger und Hanna geben und sich bedauern lassen. Als er endlich wieder frei war, fand er gerade noch einen Einspanner, den er rasch bestieg. Anton mußte sich zu ihm setzen, denn auf dem Vor hatten neben dem Kutschler knapp noch der Reisekorb und die Tasche Platz gefunden.

Sie fuhren der Heugasse zu.

Der weite Maria Josefa-Park war schon sein grün überhaucht, und seitlich des Wagens tauchte der Staatsbahnhof hinter den zartbelaubten Bäumen und Sträuchern auf.

Herr von Horst tat zufällig einen Blick hinüber auf den weiten Platz, welcher zwischen dem Südbahnhof und dem Bahnhof der Staatsbahn liegt.

Da sah er wieder diesen Herrn Kronberg. Er ging neben einem Dienstmännchen her, welcher einen mit Rossen beladenen Handwagen vor sich herzog.

Sie hielten auf den Staatsbahnhof zu.

Herr von Horst schüttelte den Kopf. "Nun — den nächsten Weg nach Linz schlägt er gerade nicht ein," dachte er, als er Kronberg auf jenen Bahnhof auschreiten sah, vor dem aus man nur Reisen in der Linz entgegengesetzten Richtung antreten kann.

Nachdem Horst seiner Braut die beiden Gepäckstücke übergeben hatte und — gar nicht lange bei ihr geblieben war, begab er sich in den neunten Bezirk. Dort befindet sich das Landesgerichtsgebäude.

Einer der daselbst amtierenden Herren war ein guter Bekannter des jungen Ingenieurs.

## Das tschechische Spionagenetz in Deutschland.

Der "Frankfurter Kurier" schreibt: Im tschechischen Abgeordnetenhaus machte am 14. Juli der Abg. Baeron Enthüllungen über die Organisation der tschechischen Spionage, die in Deutschland die größte Beachtung, besonders der Siedlungen, die es angeht, finden sollten. Dem Bericht der Prager "Bohemia" vom 15. Juli entnehmen wir folgenden Auszug:

Die von den tschechischen Nationaldemokraten im tschechischen Abgeordnetenhaus provozierte Debatte über die angebliche Einmischung des ehemaligen deutschen Reichsministers Dr. Simon in Angelegenheiten der tschechoslowakischen Republik gab dem Abg. Dr. Baeron Gelegenheit, umfangreiches Material über die unerhörte Art und Weise vorzulegen, wie sich der tschechische Staat durch Ausgestaltung eines breit ausgespannten Spionagesystems systematisch in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einmischt. Dr. Baeron fragte den Minister: Können Sie von einer Einmischung in unsere Angelegenheiten sprechen, wenn in Deutschland in der Wendenprovinz von tschechischer Seite die unverschämteste Agitation betrieben wird, die das Deutsche Reich bisher noch nicht genügend geübt hat?

Hat nicht Masaryk der Schweiz während des Weltkrieges bloß Verlegenheiten bereitet? Warum ergibt man nicht, daß viele slowatische Offiziere und Soldaten nach Ungarn gegangen sind, um dem König zu zujuhen? Erklären Sie mir die tieigen Truppenverschiebungen an der preußischen Grenze. Nehmen Sie doch die Landkarte des Adlatus des Herrn Ministers Dr. Benesch. Dr. Kuffler, der mit einer Unversehoreheit sondergleichen die Linien der fünfzigsten tschechoslowakischen Grenze zieht. Auf dieser Karte wird Deutschland in zwei Teile geteilt und aus Bayern eine Reservation gemacht, wie sie die Indianer zu machen pflegen. Ich habe im Vorbericht vergebens den Posten für Spione gesucht und fand die Kosten hierfür unter dem Titel Handelsmissionen verzeichnet. Sie haben da eine Zentralstelle des Propaganda- und Nachrichtendienstes. Das ist das sogenannte geheime Sekretariat der Kabinettskanzlei. Der Leiter der Kanzlei ist Dr. Schamal. Sie gliedert sich in eine politische und militärische Abteilung. Die eine leitet Ministerialrat Druta, die militärische Kriegsminister Hossfeld selbst. Von dieser Zentralstelle gehen alle Fäden aus. Sie hat offensive und defensive Aufgaben, und es ist ihr eine Reihe von Ämtern unterstellt. Ein solches ist das Propagandaamt des Außenministeriums, das ausländische geheime Verträge geschaffen und diplomatische Verbindungen herstellen soll. Dann haben Sie die Propaganda des Innenministeriums. Sein Leiter ist der berüchtigte Agent provocateur Hajzman. Zur Erreichung des Zwecks werden solche Personen ausgenutzt, die den betreffenden Staaten aus politischen Gründen feindlich sind. Hajzman hält sich zumeist in Deutschösterreich, Deutschland und auch in Holland auf, wo er auch die offensive Richtung leitet.

Weiter besteht ein Nachrichtenbüro des Generalstabes, welches die Zentrale des ganzen militärischen Nachrichtendienstes ist. Die Durchführungsorgane seiner direkten Beauftragungen sind die militärischen Attachés, spezielle Gesandtschaftsbeamte und die den Handelsmissionen zugewiesenen Offiziere. Man wird fragen, welcher Mittel sich diese Behörden bedienen? Spione werden innerhalb der einzelnen politischen Parteien gehalten. Es gibt geheime Polizeistationen im deutschen Gebiete, ebenso in der Slowakei mit Spionageabteilungen. (Zwischenraum eines slowakischen Abgeordneten: 1700 Abteilungen.) Überall sind bezahlte Vertrauensmänner im Auslande, insbesondere bedient man sich sehr vieler Hofsiers in der Slowakei und im sudetendeutschen Gebiet. Weiter besteht ein Nachrichtenbüro des Generalstabes, welches die Zentrale des ganzen militärischen Nachrichtendienstes ist. Die Durchführungsorgane seiner direkten Beauftragungen sind die militärischen Attachés, spezielle Gesandtschaftsbeamte und die den Handelsmissionen zugewiesenen Offiziere. Man wird fragen, welcher Mittel sich diese Behörden bedienen? Spione werden innerhalb der einzelnen politischen Parteien gehalten. Es gibt geheime Polizeistationen im deutschen Gebiete, ebenso in der Slowakei mit Spionageabteilungen. (Zwischenraum eines slowakischen Abgeordneten: 1700 Abteilungen.) Überall sind bezahlte Vertrauensmänner im Auslande, insbesondere bedient man sich sehr vieler Hofsiers in der Slowakei und im sudetendeutschen Gebiet.

## Republik Polen.

Ministerrat und Wahlordnung. Am Sonnabend beendet der Ministerrat seine Beratungen über die Wahlordnung für den Sejm. Danach wird der polnische Sejm in Zukunft 300 Abgeordnete zählen.

Polnisch-brasilianische Handelskammer. Im Lokale des brasilianischen Konsulats in Warschau fand dieser Tage unter dem Ehrenvorstand des bevollmächtigten Ministers Brasiliens Herrn Naldo de Lima e Silva die erste Organisationsversammlung der polnisch-brasilianischen Handelskammer statt, die die Annäherung Polens und Brasiliens auf ökonomischem und kulturellem Felde zum Zweck hatte. Der Minister Herr de Lima e Silva hielt an die zahlreich versammelten Vertreter der handelsindustriellen Welt eine Ansprache in französischer Sprache, wobei er bemerkte, daß die erwähnte Aktion von der brasilianischen Regierung unterstützt wird. Den Vortrag übernahm hierauf Professor Fiedorowicz. Alsdann ergriff Dr. Popiel Schmidt, Sekretär der polnischen Gesandtschaft in Brasilien, das Wort und hielt einen interessanten Vortrag über die überaus günstigen Handelsaussichten zwischen den beiden Ländern. Brasilien kann uns sehr wertvolle Rohstoffe liefern, wie Kaarschul, Kaffee, Palmenharz, Apothekerpflanzen (Chinin, Vale-

Horst hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Als er seinen Bekannten verließ, schaute dieser ihm kopfschüttelnd nach.

"Ich werde Ihnen wahrscheinlich schon morgen schreiben können."

Das waren des Beamten letzten Worte gewesen. Horst kam diesmal um die Mittagsstunde nach Hause. Es gab, wohl nicht nur zufällig — lauter Leibgerichte von ihm, allein die Frau Hofrätiin hatte sich fast umsonst so angestrengt — ihr Sohn ab sehr wenig und bemerkte wohl gar nicht, was er an.

Er redete auch nur wenig und bemühte sich sichtlich, nur von ganz Gleichgültigem zu sprechen.

Und — vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben — schüttete die Frau Hofrätiin ihren Ärger und ihr müßiges Mitgefühl hinunter und tat, als bemerkte sie gar nicht, wie so ganz verwandelt ihr Einziger war.

Gleich nach dem Speisen ging Paul in sein Zimmer. Er hatte erklärt, er müsse



